



Kommt nach Düsseldorf! Es geht um euer Geld!

Seit dem 18. Januar laufen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Länder. Es geht um viel Geld! Vier Prozent bekommen die Beschäftigten der Länder weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen. Egal, ob Tarifbeschäftigter oder Beamter. Der Unterschied zu anderen Branchen ist sogar noch größer. Das darf nicht sein! Deshalb hat die GdP ihre Mitglieder für den 9. Februar zu einer Demonstration nach Düsseldorf aufgerufen. Gemeinsam mit den anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kämpfen wir dafür, dass es in Potsdam zu einer deutlichen Einkommenserhöhung kommt! Für die Tarifbeschäftigten und die Beamten. Auch um ihr Einkommen geht es in Potsdam.

Das fordern wir

Damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt, müssen die Einkommen deutlich steigen. Gemeinsam

mit der Bildungsgewerkschaft GEW und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert die GdP:

- eine Entgelterhöhung von sechs Prozent, unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrags,
- eine zusätzliche Stufe 6 ab der Entgeltgruppe 9,
- einen stufengleichen Aufstieg in die nächste Entgeltgruppe,
- eine Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 Euro,
- den Abschluss der sachgrundlosen Befristung.

Der Tarifvertrag soll zwölf Monate lang gelten, dann muss neu verhandelt werden. Parallel zu

den Verhandlungen für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen, damit die Politik die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht länger gegeneinander ausspielen kann!

Das Geld ist da!

Lange Zeit kannten die öffentlichen Arbeitgeber nur eine Richtung: Runter mit den Gehältern, weil angeblich kein Geld da ist. Das stimmt nicht! Auf 20 Milliarden Überschuss kommen die öffentlichen Haushalte alleine für 2016 und 2017. Auch die Steuereinnahmen der Länder sprudeln kräftig. Um 3,7 Prozent in diesem Jahr!

Tarifabschluss gilt auch für die Beamten

Verhandelt wird in Potsdam offiziell nur für die Tarifbeschäftigten, die Beamten sitzen trotzdem mit am Tisch. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat den Gewerkschaften bereits verbindlich zugesagt, dass der Tarifabschluss eins zu eins für die Beamten übernommen wird. Nur beim Inkrafttreten der Erhöhung müssen sie drei Monate länger warten.

Wie kann ich mitmachen?

Wie hoch der Abschluss ist, hängt vom Druck ab, den wir der Politik machen. Das gilt erst recht in einem Wahljahr! Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur möglichst viele Tarifbeschäftigte nach Düsseldorf kommen, sondern auch möglichst viele Polizistinnen und Polizisten und Verwaltungsbeamte bei der Polizei. Denn gemeinsam sind wir stark!

Wer in Düsseldorf demonstrieren will, geht zu seiner Kreisgruppe. Dort werden Demobusse organisiert. Jeder kann mitfahren!

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Tarifrunde 2017



Sicherheit hat ihren Preis!



Terrorgefahr in NRW bleibt hoch

549 islamistische Gefährder sind Polizei und Verfassungsschutz bundesweit bekannt. Auch wenn ein erheblicher Teil inzwischen in die Kriegsgebiete in Syrien und im Irak gegangen ist, um sich dort dem Terrorregime des Islamischen Staates anzuschließen, halten sich noch immer mehrere Hundert Gefährder in Deutschland auf. Viele davon in NRW.

Alleine in Düsseldorf geht Polizeipräsident Norbert Wesseler von 20 Gefährdern aus, denen ein Terroranschlag zuzutrauen ist. Auch in anderen Behörden wie Wuppertal gibt es eine ähnlich hohe Zahl an Gefährdern, die permanent überwacht werden müssen. Dazu fehlt der Polizei allerdings das notwen-

dige Personal, sodass immer wieder neu entschieden werden muss, ob einzelne Überwachungsmaßnahmen im bisherigen Umfang fortgesetzt werden können. Zudem müssen die Gerichte und Staatsanwaltschaften einzelnen Überwachungsmaßnahmen wie der TKÜ zustimmen. Im Fall des

Berliner Attentäters Anis Amri scheiterte die Überwachung genau an diesem Punkt. Sie wurde im September vergangenen Jahres in Berlin eingestellt, weil die bisherige Überwachung keinen Hinweis auf die Vorbereitung einer staatsgefährdenden Straftat ergeben hatte. Danach verlor sich seine Spur.

Weil Amri bis zum Sommer vergangenen Jahres in NRW gelebt hat und sein Asylverfahren vom Kreis Kleve geführt worden ist, hat der Berliner Anschlag dennoch Anfang Januar zu einem heftigen Schlagabtausch im Düsseldorfer Innenaus-

Ganz schlechter Stil, Frau Peter!



Die Bewertung der Kölner Silvesternacht 2015/2016 durch Medien und Politik ist bis heute nicht vergessen. Formulierungen wie „Staatsversagen“, „Kapitulation des Rechtsstaates“ und „unfähige Polizei“ waren vielfach zu hören. Die Folgen der Kölner Silvesternacht waren auch für uns als Polizisten unvorstellbar. 1200 Strafanzeigen mit 1610 Straftaten, davon 739 Sexualstraftaten mit 939 Opfern machen deutlich, was sich in Köln ereignet hat!

Das Geschehene konnten wir leider nicht rückgängig machen, aber es war schnell klar, dass sich die Polizei in NRW und in Köln gezielt auf die nächste Silvesternacht vorbereiten würde. Dazu gehörte auch die Einrichtung einer bundesweiten Projektgruppe „Silvester“ durch die Innenministerkonferenz, die die Ereignisse in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Düsseldorf und Köln auswerten und daraus Handlungsoptionen ableiten sollte. Beim PP Köln wurde ebenfalls ein Vorbereitungsstab eingerichtet, um eine sichere Silvesternacht 2016/2017 zu gewährleisten. Das Ergebnis waren eine verstärkte Videoüberwachung, die Bildung von Schutzzonen um Bahnhof und Dom, ein Pyroverbot sowie massive Polizeipräsenz – in Zivil und in Uniform. Wir sind also gut vorbereitet in die diesjährige Silvesternacht gegangen.

Dass sich trotz aller Polizeipräsenz auch in diesem Jahr noch immer gut 1000 junge Männer mit nordafrikanischer Herkunft nach Köln auf den Weg machen würden, um sich dort zu inszenieren, hätte ich vorher nicht für möglich gehalten. Die ersten Aufklärungsergebnisse ließen nichts Gutes ahnen. Schon früh war klar, dass Teile dieser Gruppen stark alkoholisiert, aggressiv und gewaltbereit waren. Die durchgeführten gefahrenabwehrenden Einsatzmaßnahmen – konsequente Personalienfeststellungen und Platzverweise sowie die sofortige Festnahme erkannter Straftäter – hat dazu geführt, dass wir in diesem Jahr trotzdem von einer weitgehend friedlichen Silvesternacht in Köln sprechen können. Bedauerlich bleibt jedoch, dass erneut 19 Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden.

Dass die Bundesvorsitzende der Grünen, Simone Peter, trotzdem anschließend von einem völlig inakzeptablen Polizeieinsatz gesprochen hat, hat mich sprachlos gemacht. Unseren Kolleginnen und Kollegen dann auch noch rassistische Motive zu unterstellen, setzt dem Ganzen die Krone auf. Es zeigt, dass sich führende grüne Politiker noch immer nicht von ihrer generellen Misstrauenskultur gegenüber Polizei lösen können. Auch wenn Frau Peter sofort von der eigenen Partei massiven Gegenwind bekommen hat.

Deshalb frage ich mich: Wo war Frau Peter eigentlich ein Jahr zuvor, als 939 Frauen von einem Mob massiv sexuell angegangen und zum Teil auch noch beraubt wurden? Was hat sie eigentlich dazu gesagt? Mir ist nichts bekannt! In der diesjährigen Silvesternacht hat es drei Sexualdelikte und null Raubdelikte rund um den Dom gegeben. Alleine das macht schon deutlich, wie hervorragend unsere Kolleginnen und Kollegen in Köln aber auch in den anderen Städten in NRW gearbeitet haben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich bin es langsam leid, dass die Politik die Belastungen immer weiter hochfährt, dass wir Millionen von Überstunden machen, dass wir unsere Familien und Freunde mehr auf Bildern als in Realität sehen und dass wir dann für unsere Arbeit von den gleichen Politikern auch noch massiv beschimpft werden! Auf solche Politiker können wir verzichten!

**Arnold Plickert,
Landesvorsitzender**



schuss geführt. Während die Opposition Innenminister Ralf Jäger (SPD) ein Totalversagen im Fall Amri vorgeworfen hat, betonte Jäger in einer fast sieben Stunden dauernden Debatte im Innenausschuss, dass Polizei und Verfassungsschutz bei der Verfolgung Amris „bis an die Grenze des rechtlich Zulässigen“ gegangen seien. Zeitweise wurden vom LKA nicht nur dessen Telefon- und Internetkontakte abgeschöpft, sondern der spätere Berlin-Attentäter wurde auch rund um die Uhr überwacht.

Dass Amri nicht in Abschiebehaft genommen wurde, obwohl er in Deutschland vierzehn verschiedene Identitäten genutzt hat und seine Gefährlichkeit den Behörden bekannt war, liegt auch an den Unzulänglichkeiten des deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechts. Das will die Politik jetzt ändern. Anfang Januar haben Bundesinnenminister Thomas de Maiziére (CDU) und Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) eine Gesetzesinitiative angekündigt, um Gefährder leichter in Abschiebehaft bringen zu können.

Die Große Koalition will zudem Marokko, Tunesien und Algerien verpflichten, abgelehnte Flüchtlinge aus ihren Ländern wieder aufzunehmen. Das würde auch für Gefährder gelten.

Abgewendet ist die Terrorgefahr damit aber noch nicht, denn viele der in NRW bekannten Gefährder sind hier geboren und haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Um der von ihnen ausgehenden Gefahr begegnen zu können, drängt die GdP darauf, die Befugnisse der Polizei bei der Terrorabwehr zu erweitern.

Dazu gehört insbesondere die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung. Ein Thema, bei dem sich die Politik noch immer sperrt. Welche weiteren Konsequenzen der Fall Amri haben wird, hängt von der Aufarbeitung der Hintergründe ab, warum Amri sich einer Kontrolle durch die Behörden entziehen konnte. Mitte Januar hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bereits öffentlich Fehler im Fall Amri eingeräumt. Auch Bundesjustizminister Heiko Maas hat bereits über Fehler im Fall Amri gesprochen. Die genauen Gründe sollen jetzt durch eine Expertenkommission aufgearbeitet werden.

Pilotprojekt startet im Frühjahr

Im 2. Quartal 2017 startet in Düsseldorf, Duisburg, Köln, Siegen und Wuppertal die Erprobung von sogenannten Bodycams im Wach- und Wechseldienst. Für die Pilotphase werden 200 Kameras angeschafft, die dann im täglichen Dienst ausgiebig getestet werden.

Um die Polizistinnen und Polizisten in NRW besser vor Gewalt zu schützen, hat die GdP sich in den vergangenen Jahren intensiv für den Einsatz von am Körper getragenen Videokameras eingesetzt, war damit aber lange Zeit am Widerstand der Grünen gescheitert. Erst im vergangenen Jahr hat Rot-Grün vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Gewalt gegen Polizisten seine Position noch einmal revidiert und sich doch für den Einsatz der Bodycam ausgesprochen (DP 11/2016). Mit dem am 15. Dezember vergangenen Jahres in Kraft getretenen neuen § 15c Polizeigesetz NRW hat das Land jetzt auch eine Rechtsgrundlage für den Einsatz der Bodycam geschaffen.

Andere Bundesländer und auch die Bundespolizei haben Bodycams schon länger im Einsatz, allerdings ist hier der Einsatz nur an öffentlich zugänglichen Orten gestattet. In NRW können die Kameras dagegen im Probelauf auch in privater Umgebung eingesetzt werden. Aus Sicht der GdP

ist das richtig, weil die Kameras so z. B. auch bei Einsätzen wegen häuslicher Gewalt eingesetzt werden können. Gerade hier kommt es häufig zu gewalttätigen Übergriffen auf die Polizisten.

Beim Kameramodell geht NRW den gleichen Weg wie Rheinland-Pfalz: Für Personen, die aufgezeichnet werden, ist durch einen nach vorne gerichteten Live-Monitor unter der Kamera unmittelbar zu erkennen, ob und was gerade aufgezeichnet wird. Damit entfällt nicht nur die Notwendigkeit, Polizisten, die eine Kamera tragen, besonders zu kennzeichnen, es ist auch davon auszugehen, dass bereits die Spiegelung des eigenen Verhaltens im Zweifelsfall einen mäßigenden Effekt hat. Um ein möglichst vollständiges Bild der Situation zu erhalten, zeichnen die Kameras in NRW zudem den Ton mit auf. Auch das ist eine Neuerung.

Ob sich die Erwartung, dass der Einsatz der Kameras Gewalt gegen Polizisten verhindern kann, bestätigen lässt, soll in einer begleitenden wissenschaftlichen Studie untersucht werden.

Die GdP wird den Probelauf in enger Abstimmung mit ihren Kreisgruppen in den betroffenen Behörden aktiv begleiten.



Das hier gezeigte Kamera-Modell REVEAL RS2-X2L wird auch für den Probelauf in NRW eingesetzt.

Foto: Alfred Gerold

Einführungsbildung für die Kripo deutlich ausgebaut

Polizisten, die in die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung wechseln, haben in der Vergangenheit zum Teil länger warten müssen, bis für sie ein Platz in der Einführungsbildung für den K-Bereich zur Verfügung stand. Dieser Engpass wird jetzt beseitigt: Durch ein neues Fortbildungskonzept stehen in Zukunft in NRW pro Jahr 480 Plätze für den zentralen Einführungslehrgang für die Kripo zur Verfügung – und damit deutlich mehr als in der Vergangenheit. Zudem bietet das LAFP die Einführungsbildung für die angehenden Kripobeamtinnen und -beamten in Zukunft nicht nur an den beiden Standorten Neuss und Selm an, sondern auch in Schloss Holte-Stukenbrock.



Möglich geworden ist die deutliche Ausweitung der Fortbildungskapazität für den Einführungslehrgang vor allem durch eine Verkürzung der Lehrgangsdauer – bei gleichzeitig gestiegener Praxisrelevanz: Statt 24 Wochen dauert die zentrale Einführungsbildung für die Kriminalpolizei nur noch zwölf Wochen. Gleichzeitig werden die Theorie-Module auf drei Blöcke von jeweils vier Wochen Dauer erweitert. Die Lehr-

gangsinhalte bauen in Zukunft zudem stärker auf die Inhalte auf, die die angehenden Kripobeamten bereits in ihrem Bachelorstudium erlernt haben. Deren Anteile waren auf Initiative der GdP zuletzt bei der Weiterentwicklung des Studiengangs deutlich erhöht worden. Zudem fallen die in die Einführungsbildung integrierten Praxisphasen weg. Sie sollen, soweit nötig, durch Hospitationen in den Ermittlungsdienststellen der entsendenden Behörden ersetzt werden. In vielen Behörden ist das bereits Praxis.

Die GdP hat das neue Konzept für die Einführungsbildung ausdrücklich begrüßt. „Dass alle Polizistinnen und

Polizisten, die in den K-Bereich wechseln, jetzt zeitnah die Einführungsbildung durchlaufen, war überfällig“, betont GdP-Vorstandsmitglied Michael Maatz. Positiv bewertet die GdP auch die klare Trennung zwischen den Inhalten des Bachelorstudiums auf der einen und der Einführungsbildung auf der anderen Seite. „Eine erfolgreiche Kriminalitätskontrolle setzt voraus, dass alle Polizisten über ein fundiertes kriminalpolizeiliches Grundwissen verfügen. Deshalb war es wichtig, dass bereits im vergangenen Jahr der Stellenwert von K-Themen im Bachelorstudium noch einmal erhöht worden ist. Darauf baut das neue Konzept für die Einführungsbildung jetzt auf“, betont Maatz.

Bei der Veröffentlichung des Konzepts hatte das Innenministerium darauf hingewiesen, dass die Einführungsbildung für die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung auch in Zukunft den Charakter einer Fortbildung haben wird. Eine Integration der Fortbildungsinhalte in den Bachelorstudiengang sei nicht beabsichtigt. Auch diese Position wird von der GdP ausdrücklich geteilt. „Die Kombination aus einer gemeinsamen Ausbildung aller Polizeivollzugsbeamten mit einer darauf aufbauenden späteren Qualifizierung für einzelne Funktionsbereiche hat sich bewährt“, betont Maatz. Aus Sicht der GdP würde es Sinn machen, auch für andere Bereiche wie den Wach- und Wechseldienst eine vergleichbare Einführungsbildung zu entwickeln. Die GdP begrüßt weiter die klare Aussage des Ministeriums, dass eine erneute Reform des 2016 noch einmal neu gestalteten Bachelorstudiengangs nicht zu Diskussion steht.

GdP dringt auf schnelle Auslieferung

In Zukunft können die Polizisten in NRW ihre Unterziehweste, die bislang unter dem Hemd getragen wird, auch darüber tragen. Das hat das Innenministerium Ende vergangenen Jahres entschieden. Um das zu ermöglichen, werden keine zusätzlichen Schutzwesten angeschafft, sondern nur sogenannte taktische Hüllen, in die die Schutzmatten aus der Unterziehweste eingelegt werden.

Genau das hat bereits der Delegiertentag der GdP 2014 gefordert: Die Unterziehweste ist warm, was vor allem an heißen Sommertagen oft zu Problemen führt, und sie kneift, wenn ein Polizist längere Zeit am Schreibtisch sitzt. Und nach acht Stunden Dienst spürt man zudem das Gewicht deutlich. Diese Probleme können jetzt durch den

Einsatz der neuen taktischen Überziehweste zum größten Teil gelöst werden, denn anders als die Unterziehweste kann die Überziehweste zwischendurch abgelegt werden, zum Beispiel während der Arbeit am Schreibtisch. Ein weiterer Vorteil: In den Außentaschen der neuen Überziehweste lässt sich ein Teil der Ausrüstungsgegenstände unterbringen, die bislang am Koppel mitgeführt werden. Mit der Überziehweste bekommen die Kolleginnen und Kollegen eine zusätzliche Trageoption. Sie können dann von Tag zu Tag wählen, ob sie lieber „drunter“ oder „drüber“ tragen möchten. Die GdP dringt jetzt darauf, dass die Auslieferung der neuen taktischen Überziehweste bis zum Sommer abgeschlossen ist.





GdP NRW 2.0 – grüne Welle für Social Media!

Neues Jahr, neuer Service: Nach akribischer Vorbereitung ist der Landesbezirk NRW auf Social Media gestartet und wird so zum alltäglichen Begleiter aller Fans der digitalen Welt. Nicht nur auf Facebook, sondern auch auf Twitter, Google+ und Youtube erhalten Interessierte unkompliziert zahlreiche Inhalte rund um die Polizei direkt auf Handy oder Notebook. Innovativ aufbereitet seid ihr so jederzeit schnell über alles Polizei-relevante im Bilde. Lasst euch überraschen!

Etwas ganz Besonderes bieten unsere Themenwochen: Zu Beginn sind wir mit den Schwerpunkten Tarifrunde 2017 gestartet – übrigens auch für Beamte interessant, da die Ergebnisse 1:1 auf Polizeibeamte übertragen werden – und Gewalt gegen Polizei. Regelmäßig schildern uns Kollegen ihre Erlebnisse mit erfahrener Gewalt im Dienst. Da es sich nicht nur um tragische Einzelfälle handelt, sondern Gewalt gegen die Polizei leider Alltag geworden ist, wollen wir verstärkt die Öffentlichkeit auf diesen Zustand aufmerksam machen.

Du kannst nicht an einer GdP-Veranstaltung dabei sein, wusstest aber gerne, was dort passiert? Die Presseabteilung ist per Soziale Media dabei und versorgt dich live mit Eindrü-

cken. Kein Social Media ohne aktive Gemeinschaft! Bei Facebook und Co. ist die sogenannte Community mindestens genauso relevant wie interessante Beiträge. Unsere Mitglieder können erheblich zur Präsenz der GdP im Social Web beitragen, indem „geliked“, kommentiert, „retweeted“

und geteilt wird, was das Zeug hält. Jede Interaktion stärkt die GdP und sorgt dafür, dass wir intensiver in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Deshalb: Am besten gleich mal das Handy rausholen oder den PC anschmeißen und die GdP NRW suchen!

#GewaltgegenPolizei – Auch Polizisten sind Menschen

Gewalt gegen Polizei – ein Dauerbrenner im Polizeialltag. Von Beleidigungen wie „Bullenschwein“ über Anspucken bis hin zu schweren Verletzungen und Morddrohungen. Ein erschreckender Zustand, unter dem nicht nur Polizisten leiden. Auch Sanitäter, Feuerwehr und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienst erfahren vermehrt Respektlosigkeit.

Es mag schon sein, dass Polizeiarbeit nichts für Zartbesaitete ist. Das heißt aber nicht, dass Polizisten den derzeitigen Zustand hinnehmen müssen. Eine Kernaufgabe des Arbeitgebers – also der Bundesländer – ist es, für die Sicherheit und Gesundheit seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu sorgen. Auch der Polizisten. Zwar gab es in den letzten Jahren Verbesserungen in Aus- und Fortbildung sowie Ausrüstung, das hilft aber wenig, wenn Strafverfahren bei Gewalt gegen Polizisten wieder und wieder von der Justiz eingestellt werden und Täter kaum Konsequenzen fürchten müssen.

Wir, die Gewerkschaft der Polizei, werden nicht aufhören, auf diesen Missstand hinzuweisen. Deshalb widmet sich unser erster Schwerpunkt auf Social Media dem Thema Gewalt gegen Polizei. Regelmäßig werden wir Berichte von Kolleginnen und Kollegen veröffentlichen.

Unter dem Motto #GdPSocial werden wir künftig verknüpft mit der Homepage weitere Polizeithemen beleuchten und mit euch auf Facebook und Co. diskutieren.



Zwischen Amoklagentraining und Laptop

Forum Wach- und Wechseldienst am 2. März in Düsseldorf



Aktuell stellen sich zahlreiche Fragen zur Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes der Polizei. Sie sind zum einen Ausdruck der veränderten Einsatztaktik und der damit einhergehenden zusätzlichen Risiken und Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Zum anderen steht die technische Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes selbst auf dem Prüfstand.

Im diesjährigen Fachforum der GdP für den Wach- und Wechseldienst am 2. März in Düsseldorf werden Berufspraktiker und Experten gemeinsam darüber diskutieren, welche Schlussfolgerungen sich aus den veränderten Anforderungen und den neuen technischen Möglichkeiten für den Polizeialltag er-

geben. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen Multifunktionale Schutzweste, Ballistischer Schutzhelm, Streifenwagen der Zukunft und Notebook an Bord. Welche Wünsche haben die Kolleginnen und Kollegen? Welche alternative Ausstattung gibt es bereits in anderen Ländern? Wie sieht die Perspektive des Innenministeriums aus? Welche Prioritäten setzen wir aus gewerkschaftlicher Sicht?

Das Forum für den Wach- und Wechseldienst beginnt um 10:00 Uhr in den Düsseldorfer Arcaden. Die Teilnahme ist sonderurlaubsfähig.

Mehr Infos: GdP-Landesbezirk NRW, Martin Volkenrath, Tel.: 02 11/ 29 101 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der März-Ausgabe
ist der 6. Februar.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.2. Anneliese Warm, Dortmund
- 8.2. Friedrich Pickert, Dorsten
- 13.2. Guntram Buchholz, Neuss
- 15.2. Erika Haarmann,
Meinerzhagen
- 19.2. Hans Joachim Lindrum, Birlon
- 25.2. Heinrich Olbrich, Münster
- 27.2. Karl Heinz Brune, Dortmund

91. Geburtstag

- 5.2. Sigrid Schelberger, Hagen
- 11.2. Erika Heinrichs,
Mönchengladbach
- 14.2. Ferdinand Stemick, Düsseldorf
- 16.2. Helene Krieger, Essen
- 16.2. Ernst Paltian, Bochum
- 19.2. Waltraud Mühlbauer, Siegen
- 26.2. Heinz Pötter, Köln
- 27.2. Johann Jaskolla, Bottrop
- 28.2. Herbert Schmitz, Mechernich

92. Geburtstag

- 8.2. Hans Mai, Mönchengladbach
- 9.2. Hildegard Vehlken, Dorsten
- 11.2. Christa Waldorf, Bonn
- 19.2. Brigitta Sennefelder, Aachen

93. Geburtstag

- 1.2. Edith Brackelmann, Kamen
- 12.2. Adelheid Gresens, Bottrop
- 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte
- 28.2. Heinrich Kraemer, Essen

94. Geburtstag

- 26.2. Karl Langhorst, Schöppingen
- 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

95. Geburtstag

- 4.2. Manfred Plass, Bielefeld
- 12.2. Gertrud Palka, Dortmund
- 27.2. Nikolaus Kirch, Aachen
- 28.2. Maria Arendt, Dahlem

96. Geburtstag

- 5.2. Theresia Quante, Paderborn
- 15.2. Maria Bergmann, Mettmann
- 20.2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
- 24.2. Elisabeth Meister, Herten
Luzie Riedel, Haltern
- 26.2. Helga Geicht,
Colorado-Springs USA

97. Geburtstag

- 5.2. Wilhelmine Hänsdiecke,
Düsseldorf

Der Geschäftsführende Landes-bezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Urlaub schon gebucht?

Noch nicht? Dann buchen Sie jetzt
Ihren Traumurlaub in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

22. Februar, 14:30 Uhr, Senioren-Hauptversammlung, DRK-Heim (neben der Feuerwehr), August-Schlüter-Straße 32, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Köln

16. Februar, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, B. Nitzsner vom LBV zum Thema Beihilfe

Kreisgruppe Minden-Lübbecke

9. März, 15:00 Uhr, Johanneskirchhof, Johanneskirchhof 4, 32423 Minden,

Verabschiedung und Neuwahl Seniorenvorsitzenden, Historischer Polizeifilm, Bernhard Heckenkemper referiert über Aktuelles und zum Beihilferecht, Anmeldung: Eberhard Hillebrand, Telefon 05 71/2 29 42 oder E-Mail buero@gdp-minden-luebbecke.de

Kreisgruppe Unna

21. Februar, 9:00 Uhr, Seniorenfahrt zur Ausstellung 110 in Dortmund, Anmeldung und nähere Einzelheiten: Alfred Weber, 0 23 07/27 93 92

Glücksnummern des Monats

45 3670

Uta Jakob, Dortmund

45 4547

Nadine Leiendecker, Ennepe-Ruhr

45 4599

Jörg Brackmann, Essen/Mülheim

45 4611

Tobias von Hebel, Dortmund

Die Gewinner erhalten eine GdP Wanduhr "Clock".

Die GdP trauert um Klaus Hecker

Für Klaus Hecker mussten Entscheidungen klar, logisch und nachvollziehbar sein. Und es kam für ihn darauf an, den richtigen Ton zu treffen. Genau das konnte er gut. Im Pott sagt man: Er hat den Kopf richtigum aufgeschraubt.

1962, im Alter von 23 Jahren, kam Klaus Hecker zur Polizei, zwei Jahre später wurde er Mitglied in der GdP. Beides war für ihn immer wichtig. Die Arbeit bei der Polizei, wo er erst Wachdienstführer und Dienstgruppenleiter, später Hundertschaftsführer und Leiter einer Hauptwache war, und die GdP. Ihr fühlte sich der frühere Essener Kreisvorsitzende auch über seine Pensionierung hinaus verbunden. Als Mit-

gründer der APS, als Senioren-Vorsitzender des BV Düsseldorf und als stellvertretender Landesseniorenvorsitzender.

Klaus Hecker ist am 18. Dezember überraschend gestorben.



GdP aktiv

8.2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17:00 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Straße 18, Lippstadt

9.2., Tarif-Demo in Düsseldorf, Infos über die örtliche Kreisgruppe oder gdp-nrw.de

9.2., Skatturnier der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Polizeidienstgebäude, Kortemickestr. 2, Olpe

14.2., 12. BPH-Fußballturnier, Cosmo-Sports, Düsseldorf. Infos und Anmeldung stefanie.bauer@gdp-nrw.de, Tel.: 02 11/2 91 01 12

3.2., GdP-Forum für den Wach- und Wechseldienst, 10:00-15:30, Düsseldorf Arcaden, Düsseldorf-Bilk, Infos und Anmeldung: martin.volkenrath@gdp-nrw.de, Tel.: 02 11/29 101 42

NACHRUFE

Günter Suckow	24.09.1933	Autobahnpolizei Düsseldorf	Veronika Schmitz	03.12.1928	Köln
Gerhard Erdwein	30.09.1940	Autobahnpolizei Münster	Adelheid Priewe	16.02.1930	Krefeld
Siegfried Leistikow	04.11.1941	Bergisches Land	Hans-Dieter Jäger	30.05.1941	LKA
Hedwig Lotzmann	23.02.1922	Bergisches Land	Siegfried Beyer	26.11.1936	Märkischer Kreis
Eduard Wessiepe	06.11.1918	Bergisches Land	Gerdi Haake	26.03.1924	Minden-Lübbecke
Helga Heinrich	19.07.1936	Bielefeld	Bodo Hamacher	21.09.1947	Mönchengladbach
Klaus Dieter Pepping	01.07.1960	Bielefeld	Marlene Hansen	22.06.1924	Mönchengladbach
Hans-Werner Fischer	12.06.1923	Bochum	Richard Hörmeyer	06.12.1955	Münster
Erika Hagen	05.06.1927	Bonn	Wilhelm Schiffers	07.10.1925	Neuss
Reinhard Bovenkerk	19.10.1921	Borken	Friedhelm Franzke	03.12.1937	Oberbergischer Kreis
Ingeburg Fischer	02.12.1930	Bottrop/Gladbeck	Herbert Klee	19.07.1952	Oberbergischer Kreis
Karl Janning	27.12.1926	Bottrop/Gladbeck	Lieselotte Porsch	02.07.1921	Oberhausen
Klaus Blum	07.02.1936	Düsseldorf	Wilhelm Hermeler	12.02.1930	Recklinghausen
Ursula Spielmann	30.12.1919	Duisburg	Marie Rothlübbers	08.09.1921	Recklinghausen
Herbert Urig	16.07.1925	Duisburg	Heiner Symalla	04.02.1945	Recklinghausen
Lieselotte Müller	02.10.1921	Dortmund	Klaus-Dieter Decker	17.06.1942	Selm
Klaus Hecker	09.10.1939	Essen/Mülheim	Herbert Theymann	11.01.1937	Unna
Maria Arendt	28.02.1922	Euskirchen	Hermann Hellmann	28.03.1922	Warendorf
Heinz Fehde	22.02.1931	Kleve	Wilhelm Schmidt	16.02.1950	Warendorf
Heinrich Kurth	27.01.1923	Köln			

